

Er scheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 35 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräun-
straße 10b .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 30. August 1912

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Wo bleibt das Arbeitskammergesetz? — Für die Treibriemenbranche. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unierem Veru. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationskreisen. — Genossenschaftliches. — Hand-
schau. — Sterbefälle. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 1. bis 7. September ist
der 30. Verbandbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Offenbach a. M. Die Militäreffekten-
fabrik (Firma Maury) ist gesperrt.
Sannover. Die Kollegen bei der Firma
Wilhelm Schmidt stehen in einer Tarifbewegung.
— Die Firma H. B. Schüke bleibt für Sattler
aller Branchen gesperrt.

Achtung! Automobilfaktler! Achtung!
Stettin. Arbeitsangebote für Auto-
faktler bei der Firma Gebr. Stöwer sind auf
alle Fälle zurückzuweisen.

Achtung! Automobilfaktler! Achtung!
In verschiedenen Berliner Automobilbetrie-
ben, insbesondere in der „Neuen Automobilgesell-
schaft (N. A. G.), Berlin-Oberhönneweide“, wird
versucht, die Einstellung der Kollegen von der
Beitrittserklärung zum g e l b e n Unterstützung-
verein abhängig zu machen. Wir warnen die
Kollegen, unter solchen Umständen in diesen Be-
trieben Arbeit anzunehmen.

Ausland.
Göteborg (Schweden). Hier stehen
150 Reiseartikelfaktler im Streik. Zugang ist
streng fernzuhalten.

Naab (Ungarn). Die Portefeuille der
Lederwarenfabrik Jollshaus-Naab haben am
7. August einmütig die Arbeit niedergelegt.
Alle Arbeitsangebote sind zurückzuweisen und
Zugang streng fernzuhalten.

Wo bleibt das Arbeitskammergesetz?

Unter den Vorlagen, die der vorige
Reichstag unerledigt gelassen hat, befindet sich
auch der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes.
Der vorige Reichstag hat sich bereits sehr ein-
gehend mit dem Entwurf beschäftigt. Es stand
nur die dritte Lesung im Plenum aus. Die
hätte der Reichstag auch noch ganz gut erledigen
können. Die Mehrheit nahm jedoch davon Ab-
stand, weil sie sich nicht mit den Regierungen
über einige Streitfragen verständigen konnte.

Nach den Beschlüssen des vorigen Reich-
tages sollten die Arbeitskammern für die Unter-
nehmer und Arbeiter eines Gewerbebezuges

oder mehrerer verwandter Gewerbebezüge auf
sachlicher Grundlage errichtet werden, soweit
nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung
ein Bedürfnis besteht. Sie sollten berufen
sein, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen.
Sie sollten die gemeinsamen gewerblichen und
wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer und
Arbeiter der in ihnen vertretenen Gewerbe-
zweige sowie die auf dem gleichen Gebiete
liegenden besonderen Interessen der beteiligten
Arbeiter unter gleichmäßiger Berücksichtigung
der Arbeitgeberinteressen wahrnehmen.

Aus diesen allgemeinen Nedewendungen
über den Zweck der Arbeitskammern ist nicht zu
ersehen, ob die Arbeitskammern einen Wert
für die Arbeiter haben würden, die ihrer Ge-
werkschaft angehören. Ten Zweifel können wir
aber beseitigen, indem wir aus der nächsten
Bestimmung des Entwurfs das anführen, was
„insonderheit“ zu den Aufgaben der Arbeits-
kammern gehören sollte:

1. ein gedeihliches Verhältnis zwischen
den Unternehmern und Arbeitern zu fördern;
2. die Staats- und Gemeindebehörden in
der Förderung der gemeinsamen gewerblichen
und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer
und Arbeiter durch tatsächliche Mitteilungen
und Gutachten zu unterstützen. Auf Ersuchen
der Staats- und Gemeindebehörden haben sie
bei Erhebungen über die gewerblichen und
wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen ver-
tretenen Gewerbebezüge in ihrem Bezirke mit-
zuwirken sowie Gutachten zu erstatten ins-
besondere über:

- a) den Erlaß von Vorschriften auf Grund
der Arbeiterschutzbestimmungen der Ge-
werbeordnung;
- b) die Verkehrsliste, die in ihrem Bezirke
für die Auslegung von Verträgen und
für die Erfüllung von Verbindlichkeiten
zwischen Unternehmern und Arbeitern
besteht;

3. Wünsche und Anträge zu beraten, die ihre
Angelegenheiten berühren;

4. Veranstaltungen und Maßnahmen, die
die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der
allgemeinen Wohlfahrt der Arbeiter zum Zwecke
haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter
der Einrichtungen hierfür an deren Verwal-
tungen mitzuwirken;

5.
6. die Errichtung von Arbeitsnachweisen
zu fördern, die nichtgewerbsmäßig sind und
unter gleichmäßiger Beteiligung von Unter-
nehmern und Arbeitern verwaltet werden.

Die Arbeitskammern können endlich Um-
fragen über die gewerblichen und wirtschaftlichen
Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbe-
zweige in ihrem Bezirke selbständig ver-
anstalten.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Ar-
beitskammern könnte die Erörterung der not-
wendigen Arbeiterschutzbestimmungen werden.

Der gegenwärtige Zustand ist geradezu unhalt-
bar. Die Gewerkschaften weisen fortwährend in
ihrer Presse, in ihren Adressberichten und in
besonderen Schriften die Mißstände in ihrem
Gewerbe eingehend nach und regen die notwen-
digen Verbesserungen an. Leider finden sie nicht
die Beachtung, die sie verdienen und die die Ar-
beiter verlangen müssen. Die Behörden lassen
die Eingaben der Gewerkschaften nur zu oft in
den Akten verstauben. Unsere Vertreter im
Reichstage und in den Landtagen bemühen sich
zwar, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die
Anregungen der Gewerkschaften zu lenken. Je-
doch handelt es sich hier um sehr viele wichtige
Einzelheiten, die in derartigen allgemeinen Er-
örterungen unmöglich erschöpfend behandelt
werden können. Deshalb werden wir auf diesem
Wege niemals dazu gelangen, daß die Verhält-
nisse in den einzelnen Gewerbebezügen und Be-
zirken so eingehend beraten werden, wie es zu
einer sachgemäßen Behandlung der Arbeiter-
schutzforderungen unerlässlich ist. Diese Aufgabe
kann vielmehr nur von besonderen Körper-
schaften für die einzelnen Gewerbebezüge und
Bezirke gelöst werden. Dazu sind die Arbeits-
kammern geeignet. Sie können darüber be-
raten, welche Maßnahmen zum Schutze von
Leben und Gesundheit der Arbeiter in ihrem
Gewerbebezüge und Bezirke notwendig sind.
Dann kann die Gesetzgebung die Grundlage für
den gesetzlichen Arbeiterschutz festlegen, und die
Arbeitskammern hätten zu bestimmen, wie diese
Grundsätze in dem einzelnen Gewerbebezüge und
Bezirk durchzuführen sind. Hier haben die Ar-
beitskammern ein weites Feld notwendiger und
nutzbringender Tätigkeit.

Aus diesem Grunde müssen die Arbeiter
darauf dringen, daß der neue Reichstag bei
seinem Wiederaufammentritt die Regierungen
veranlaßt, den Entwurf eines Arbeitskammer-
gesetzes von neuem einzubringen, und daß er
dann das neue Gesetz in kurzer Zeit fertig macht,
da dies nach den eingehenden Beratungen im
vorigen Reichstage ganz gut möglich ist.

Dabei ist es selbstverständlich, daß der neue
Reichstag die Regierungen von der Notwendig-
keit überzeugt, die beiden Streitfragen zwischen
dem vorigen Reichstage und den Regierungen
im arbeiterfreundlichen Sinne zu entscheiden.
Allen Arbeitern müssen die Arbeitskammern zu-
gute kommen und die Arbeiter müssen berechtigt
sein, als ihre Vertreter in die Arbeitskammern
die Beamten ihrer Gewerkschaften zu entsenden.
Die Gewerkschaften haben durch ihre Arbeiter
gegen die Mißstände und für die notwendigen
Verbesserungen wahrlich deutlich genug be-
wiesen, wie wichtig es ist, daß ihre Beamten als
Vertreter der Arbeiter in den Arbeitskammern
mitarbeiten können. Sie bringen eine sehr
wertvolle Sachkenntnis und Erfahrung mit und
können infolge ihrer Unabhängigkeit das gute
Recht der Arbeiter ohne Furcht vor Maßreg-
lungen vertreten.

Außerdem müßte der Entwurf noch in manchen anderen Punkten verbessert werden. So kann es nicht dem Belieben der Regierungen überlassen bleiben, ob die Arbeitskammern errichtet werden oder nicht. Jedoch können wir zu unseren Vertretern im Reichstage das Vertrauen haben, daß sie alles tun werden, um die Arbeitskammern möglichst zweckmäßig auszubauen.

Für die Treibriemenbranche.

Wenigere Jahre sind seit der Gründung der Zentralkommission verstrichen, die es sich zur Aufgabe machte, eine bessere Lebenslage der Treibriemenarbeiter zu fördern. Nach mühevoller Kleinarbeit gelang es endlich, einen Einblick in die Verhältnisse der Branche zu erlangen. Durch statistische Erhebungen, die seinerzeit in mehreren Artikeln in unserer Zeitung veröffentlicht wurden, wurde nachgewiesen, wie sehr die Lohnverhältnisse der Treibriemenbranche da-niederliegen. Durch fortgesetztes Ermuntern zeigte sich schließlich, daß die Kollegen endlich etwas mehr aus sich herauskamen, indem auch an einzelnen Orten kleinere Lohnbewegungen stattfanden. Wenn auch allzuviel nicht zu erwarten war, so war es doch wenigstens ein Anfang zu dem, was wir erreichen wollen, um mit einigen schon besser gestellten Branchen in unserem Beruf an gleicher Stelle zu marichieren. Dazu bedarf es nun aber der tapferen Mitarbeit aller Kollegen unserer Branche, und nicht zuletzt der größtmöglichen Unterstützung der Gewerkschaft.

Da die Zentralkommission sich neu konstituiert hat, so möchte ich an dieser Stelle alle Funktionäre der Treibriemenbranche er-suchen, umgeben ihre Adressen einzulenden. Ferner ist es unbedingt nötig, bei allen Lokalkommissionen, sowie Lohnbewegungen und Tarif- abschließen die Lokalkommission davon in Kenntnis zu setzen.

Mit unseren nächsten Aufgaben werden wir uns in demnächst folgenden Artikeln beschäftigen. Fern: Spiegel, Obmann der Kommission. Berlin N., Schivelbeiner Str. 47.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Aussperrung bei Reichstein, Brandenburg, ist nach erfolgreicher Verhandlung und Beilegung des Streiks am Sonnabend, den 24. August, beendet worden. Erreicht wurde, daß die Akkordpreise auf die Dauer eines Jahres schriftlich festgelegt werden, daß Änderungen der Akkordpreise nur vorgenommen werden können, wenn andere Arbeitsmethoden, Vorrichtungen, Maschinen, Werkzeuge oder Material eingeführt wird. Findet bei neuen Akkordarbeiten eine Einigung zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern nicht statt, dann wird eine Kommission von 6 Arbeitern zur Regelung hinzugezogen.

Dieses Ergebnis hat für alle Freunde, also auch für die Sattler der Kinderwagenabteilung, Fahrrad- und Automobilbau Bedeutung, weil auch hier des öfteren Differenzen vorhanden waren. Die Wiedererrichtung der Aussperrten erfolgt ausnahmslos, die streikenden Metallarbeiter werden nach Bedarf eingestellt. Von unserer Organisation waren 95 Mitglieder an dieser Aussperrung beteiligt. Das wichtigste Ergebnis dieser Arbeitseinstellung ist zweifellos, daß Vorkehrungen getroffen sind, die ähnliche Vorkommnisse, wie sie in der Autoabteilung zur Arbeitseinstellung geführt haben, befehlen.

Aus unserem Beruf.

Der **Lehrverein der Sattler in Görlitz** ist, einem langen Leiden zufolge, ohne Erben oder sonstige Leidtragende zu hinterlassen, am 22. Juli sanft entschlafen. Den Kollegen Deutschlands wird dieses Berufsorganisationsdach völlig unbekannt sein, was doch nicht sein Zweck, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder zu regeln und zu verbessern, sondern unter dem Protektorat der Unternehmer Gesellschaft zu pflegen. Ganz nebenbei der Natur wie die Einrichtung der Meisterprüfung und auch die Abhaltung wissenschaftlicher und gewerblicher Vorträge, dessen Leitung sich die ältesten Görlitzer Sattlergesellen nicht entziehen können.

Am 26. Mai 1894 wurde dieser Sattlerverein von 30 Kollegen gegründet, hat also doch das Alter von 18 Jahren erreicht. Das Eintrittsgeld betrug 25 Pf., ebensoviel der monatliche Beitrag. Bis zum Jahre 1898 erhielt jeder zureisende Sattlergeselle 25 Pf. Meisterprüfung. Diese Freude hörte jedoch mit dem Tode auf, als sich die Annahme weigerte, dem Verein einen Zuschuß zu gewähren, weil ihm

doch nicht alle Gehilfen angehören. Dann war noch ein Sterbegeld von 10 Mk. für jedes Mitglied vorgesehen. Über alles ging dem Verein die Pflege der Geselligkeit. Jedes Mitglied war stolz auf sein am Vereinslokal angelegtes Stammbuch, dessen öftere Leerung eine Haupttätigkeit bei Versammlungen war. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn dieser Gesellenverein sich der besonderen Gunst der Herren Arnade und Meyer erfreute. Selten verging ein Fest, an dem sie sich nicht in höchstgelegener Person beteiligten und durch Spenden „wertvoller“ Geschenke beliebt machten, anstatt durch Gewährung angemessener Arbeitsbedingungen ihr Ansehen bei den Sattlergesellen zu heben.

Doch der Geist der Aufklärung ist auch endlich in Görlitz eingedrungen und der größte Teil der Sattlergesellen sieht die Heberflüssigkeit, ja die Schädlichkeit solcher auf patriarchalischer Grundlage aufgebauten Vereinigungen ein und schließt sich seiner Kampfsorganisation, dem Verbands der Sattler und Portefeuller an.

Am 22. Juli versammelten sich die letzten 10 Mitglieder zu einem solennen Abschiedsessen, um Erinnerungen auszutauschen und das vorhandene Inventar zu verteilen. Beim Liebesmahal in rühr- und herzlichster Stimmung leisteten einige Helben den Treueid, den Verband durch die Auflösung des Gesellenvereins nicht profitieren zu lassen und die Stützen des Arnadeschen Unternehmens zu bleiben.

Wir können den beiden Kofferfabriken in Görlitz solche Stützen, ob aber die Meister mit ihnen zufriedener sind, ist eine Frage, die auf einem anderen Blatte steht. Wir sind sehr davon überzeugt, daß die ernstlichstollen, vernünftig denkenden Kollegen sich unserem Verbands anschließen werden, wollen sie ihrer Familie gegenüber alle Pflichten als Ernährer nachkommen.

Die Herren Meyer und Arnade sind schon heute außer Stande, ihren Betrieb autrecht zu erhalten, wollten sie die organisierten Arbeiter ausschalten. Der Geist der Neuzeit hat auch hier Einzug gehalten und es wird die Zeit kommen, wo die Förderer an die Fabrikatoren passen. Dann aber werden die Herren Arnade und Meyer es nicht wieder auf einen offenen, langandauernden Kampf ankommen lassen, sondern werden in Wahrung ihres eigenen Profits mit der Organisation der Sattler und Portefeuller verhandeln und mit ihr Vereinbarungen treffen. Je schneller die Arbeiter dieser beiden Betriebe sich organisieren, je mehr sie sich an ihre eigenen Interessen kümmern und dem Verfall einiger Schmarober entsagen, desto eher wird es gelingen, in der Görlitzer Meißnerindustrie Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die einigermaßen denen in anderen Industriezentren gleichkommen.

Eine **Wunderrede** ist der neu entstandene Betrieb für Eisenbahnbedarfsartikel in Grünberg in Schlesien nicht. Vor allen hat die Firma den Vorzug, die niedrigsten Löhne zu zahlen, da noch verbliebene Handwerker einen Stundenlohn von 20 Pf. erhalten. Auch für Ueberstunden zahlt sie diesen geringen Lohn ohne jeden Zuschlag. Der Meister läßt über seine vier Sattler, einen Arbeiter und drei Arbeiterinnen sein Kommando erhalten und erfreut sich, wohl dieser feiner Tüchtigkeit wegen, der vollen Hochachtung seitens der Firma. Ihm kommt es bei seinen Leuten auf einige schmeichelhafte Schimpfworte wie: „Sie Nachwächler!“ oder „Dummes Leder Ziel“ gar nicht an. Auch hat er schon einmal in der kurzen Zeit, wo er daselbst tätig ist, seine Forche dadurch bewiesen, daß er etliche Arbeiterinnen sofort entließ oder ihnen nach der Figgabrik, welche zu diesem Betriebe gehört, „Strafverweisung“ verschafft. Ein Gang ins Kontor genügt, daß den Handwerkern das Werkzeug geliefert würde, aber dafür findet man kein Verständnis. Die hygienischen Verhältnisse sind erst recht mangelhaft. In der ganzen Fabrik findet man keine Waschlgelegenheit, und die Häuschen, welchen kein Belüftung einströmt, sind zum Teil so schadhaft, daß einer bei Regenwetter darin so nah werden kann, als verriete er seine Notdurft im Freien. Eine Besserung der Verhältnisse in diesem Betriebe wird erst dann eintreten, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen die Pflicht zur Gewerkschaftsorganisation erkannt haben und ausüben.

Vom **Stadtanwalt am Argen** genommen wurde endlich der aus Erlangen stammende Portefeuller Georg Schmidt, vor dessen Vetrügereien wir bereits in Nr. 6 unserer Zeitung warnten. Trotzdem ist es ihm gelungen, nicht nur Verbands-fassierer und Verbandskollegen zu brandstiften, sondern er hat auch seine Vogisgeber um das Vogis-geld geprellt. So hatte eine Vogisgeberin in Vignitz auf der Wurgstraße den Verlust von 45 Mk. zu beklagen. Auch der Ortsfasserer in Vignitz, der endlich Strafantrag stellte, wurde durch Vorpiegelungen über Einnahmen und Zugehörigkeit zum Verbands um einen Geldbetrag betrogen. Ebenso sind die Ortsverwaltungen in Görlitz, Chemnitz,

Arnsberg i. S., Erlangen und Sulzbach von Schmidt über's Ohr gehauen worden. Dabei war Schmidt hier nicht etwa heilungslos, sondern befand sich in einem höchsten Geschäft in Stellung. Die Verhandlung, zu der auch der Gewerkschaft aus Görlitz erschienen war, endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu sechs Wochen Gefängnis. Da Schmidt vorläufig hinter vergitterten Fenstern in Vignitz über seine Schurkereien nachdenken kann, ist zu erwarten, daß noch weitere Strafsenzen gegen ihn einlaufen.

In der sächsischen **Maschinenfabrik zu Chemnitz** ist das „gelbe Fieber“ ausgebrochen. Fünf Kollegen, die dagegen immunisiert waren, haben es vorgezogen, den Betrieb zu verlassen. Wer von dieser ekelregenden Krankheit, die jedes Ghrgefühl im Arbeiter tolet und ihm zum Geloten macht, verschont bleiben will, wird diesen feuchderpesteten Betrieb meiden. Arbeitssuchenden Sattlern und Portefeullern wird aufs dringende empfohlen, Arbeitsangebote erst dann anzunehmen, wenn sie bei der zuständigen Ortsverwaltung Erlaubigungen einge-zogen haben.

Aus Industrie und Handel.

Der **Reiseger** hat in diesem Jahre wieder stark unter den Berliner Lederwarenfirmen ge-wütet. Auch die als gut fundiert betrachtete Taschen-fabrik S. Hirsch ist ihm zum Opfer gefallen. Da hier die außergerichtlichen Vergleichsverhandlungen mit der selten hoch angebotenen Quote von 55 Proz. an dem Startinn je einer Firma in Frankfurt a. M. und London scheiterten, mußte die Firma Konturs beim Amtsgericht anmelden, wobei die Gläubiger weisentlich schlechter abschneiden werden, da das Waren- und Materiallager, wie bei allen Mode-artikeln, nur dann eingezogen ist, wenn es weiter ver-werten kann, wenn die Fabrikation weiter fortgeführt wird. — Die **Ladefabrik Apelbaum** u. Wachsner, Berlin, Ritterstr. 27, hat ebenfalls Konturs angemeldet. — Nicht sonderlich überrascht waren wir von der Nachricht der Zahlungs-einstellung der Firma Simon Knappeis, Taschenfabrik, Offenbach a. M. Ueber den Status liegen noch keine näheren Angaben vor. Der Inhaber der Firma, der sich schon früher einmal in Zahlungsschwierigkeiten befand, bietet seinen Gläubigern 35 Proz. in bar, die sofort, und 15 Proz., die 1913 zahlbar sein sollen. Diese beiden Raten sind angeblich von solbenter Berliner Seite garan-tiert. Die restlichen 50 Proz. will der Inhaber der Firma innerhalb drei Jahren tilgen. Das Unter-nehmen beschäftigt über 100 Arbeiter. — Aus dem Kontur der Lederwarenfirma Adolf Feinger-ling, Kürnberg, erhalten die Gläubiger nicht ganz 4 Proz.

Die **Wagenfabrik Jos. Rathgeber A.-G.** in M o s s b a c h bei M ü n c h e n erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre nach Abzug in der Höhe von 94340 Mk. einen Reingewinn von 172427 Mk. Darans sollen u. a. 6 Proz. Dividende verteilt und 50000 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Ueber den Geschäftsgang sagt der Bericht des Vorstandes: Die Geschäftsjahre, die im ersten Halbjahre gut war, stante mit Eintritt des Winters ab, da der Eingang weiterer Aufträge sich bis ins Herbst-jahr verzögerte. Es mußte deshalb Arbeitereinstell-ungen in größerem Umfang vorgenommen und die Arbeitszeit für den verbleibenden Stamm ver-kürzt werden. Die Aussichten für das zweite Ge-schäftsjahr sind günstiger.

Korrespondenzen.

Berlin. Eine außerordentliche Branchewer-sammlung der Portefeuller tagte am 21. August in den „Arminhallen“. Kollege Weinischid erläuterte in einstündigem Vortrage, wie wenig das Haus-arbeitergesch der Arbeiter der Lederwarenindustrie bietet und wie notwendig deshalb gewerkschaftlich org-anisierte Selbsthilfe ist. Unser Verband hat durch die getroffenen Abmachungen mit den Unternehmern den Beweis geliefert, daß weit mehr zu erreichen möglich ist, wenn die Kollegen sich selbst mehr um ihre ureigenen Angelegenheiten kümmern und die tariflichen Bestimmungen beachten. Folgende Res-olution wurde einstimmig angenommen.

„In Erwägung, daß die soziale Lage der haus-arbeitenden Lederwarenarbeiter in keiner Weise den kulturellen und sozialen Anforderungen der Ge-gewert entspricht und in weiterer Erwägung, daß das Hausarbeitergesch von 20. Dezember 1911 mit seinen vielen Rann- und Ausnahmestimmungen ungeeignet ist, auch nur die größten Mängel in der Deimarbeit der Lederwarenindustrie zu beschi-ten, richten die am 21. August versammelten Portefeuller und Lederwarenarbeiter Berlins das drin-gende Ersuchen an den Bundesrat, den § 6 des Hausarbeitergesetzes betreffend Beschaffenheit der Arbeitsräume auch auf das Lederwarengewerbe in

Anwendung bringen zu lassen. Von den Lederwaren-
fabrikanten wird auf das bestimmteste erwartet,
daß sie die durch das Hausarbeitergesetz entstehende
Veränderung der Verhältnisse auf Grund der Verein-
barungen einschließlich der Tarifbewegung 1911 völlig
übernehmen.

Die Versammelten erkennen an, daß zur Durch-
führung eines durchgreifenden Hausarbeiterschutzes
Selbsthilfe notwendig ist, deshalb verpflichten sie sich:
1. dem Verband der Sattler und Portefeuller,
soweit es noch nicht geschehen ist, anzuschließen zu
wollen, unablässig für ihn zu wirken, und dem Zen-
tralvorstand mit Tarifmaterial zum Zwecke der
Ausarbeitung einer Denkschrift über „Die Zustände
der Heimarbeit in der Lederwarenindustrie“ zu
untersuchen;

2. den tariflichen Bestimmungen, betreffend Fest-
setzung und Einhaltung der Arbeitslohnsätze, sowie
betreffend der Aushängung und Einschicknahme in die
Kohlnisten, auf das gewissenhafteste nachzukommen.

Hierauf referierte Kollege Schulze über die Be-
schlüsse des Münchener Verbandstages zur Beitrags-
frage und hob besonders hervor, daß ab 1. Oktober
1912 alle Mitglieder einer Verwaltungsstelle den
Vollbeitrag leisten müssen, somit auch die Aus-
nahme für die Berliner Portefeuller, welche seit
Juni davon befreit waren, beseitigt ist. Redner ging
dann noch auf die Notwendigkeit der Beitrags-
erhöhung im allgemeinen ein, besprach die Stärkung
der Verbandskasse zwecks Anammlung eines größeren
Kriegsfonds, der in der Hauptsache den Lederwaren-
arbeitern zugute kommen dürfte und machte noch
die Mitteilung, daß alle Portefeuller, die am
1. Januar 1913 für 13 Wochen Vollbeiträge ent-
richten, schon die Unterstützung beziehen kön-
nen, die anderen Mitgliedern erst nach 6wöchiger
Beitragsleistung zusteht. Die Anwesenden erklärten
sich mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden.
Kollege Hauptmann machte noch auf die Einklassie-
rung der Beiträge bei den Heimarbeitern durch die
Faktortagegesellschaft aufmerksam. Für wöchentliche
Einklassierung und regelmäßige Zustellung des Ver-
bandsorgans werden 5 Pf. extra erhoben.

Alle Mitglieder, die bisher dieser Hausastaffierung
durch die Faktortagegesellschaft noch nicht ange-
schlossen sind, die sich aber gern dieser Einrichtung
anschließen möchten, müssen dieses unter Vorlegung
ihres Mitgliedsbuches im Bureau der Ortsverwal-
tung, Engelstr. 14/15 11, Zimmer 37, melden.

Wörlitz. (S. 24. 8.) Am 17. 8. hielt unsere
Zahlstelle eine außerordentliche Generalversammlung,
die sich eines guten Besuchs erfreute. Als wich-
tigster Punkt stand die Einführung eines Lokal-
zuschlages auf der Tagesordnung. Gauleiter Kollege
Wartsch führte in längeren Ausführungen den Zweck
und die Bedeutung der Lokalkassen den Anwesenden
vor Augen. Der Streik bei Arnade und der jetzt
20 Wochen währende Streik in der Waggonfabrik sind
Beispiele, wie notwendig solche Kassen sind, um den Kol-
legen und Familienvätern in solchen teuren Zeiten
etwas außer ihrer statistischen Unterstützung zuge-
ben. Kollege Wartsch brachte auch die Zusätze zur
Verlesung, die von den Zahlstellen aus dem Gau
Wörlitz eingekauft sind und knüpfte daran die Ver-
merkung, daß auch Wörlitz einmal in die Lage kom-
men wird, sich gegen andere Zahlstellen zu reban-
dieren. Nicht nur zum Zwecke von Streiks usw.
sind Lokalkassen förderlich, sondern auch bei Krank-
heit, Arbeitslosigkeit, in allen Fällen eben, wo sich
eine Notlage bildet, kann etwas für die Kollegen getan
werden. Nach dem einstündigen Referat brachte die
Diskussion den einstimmigen Beschluß, 5 Pf. Lokal-
zuschlag vom 1. Oktober d. J. zu erheben. Der Bei-
trag beträgt also ab 1. Oktober in Wörlitz für männ-
liche Mitglieder 60 Pf., für weibliche 35 Pf.

Der Schlussbericht des Streiks kam ebenfalls zur
Verlesung und weckte lebhaftes Interesse. Beschlossen
wurde für die noch ausgesperrten Kollegen weiter-
hin 10 Pf. per männliches und 5 Pf. per weibliches
Mitglied zu zahlen. Die bis zur Beendigung des
Streiks gezahlte Entlastung hatte über 170 Mk. ein-
gebracht. Diese Opferwilligkeit wurde lobend hervor-
gehoben, sie bedeutet ein gutes Zeichen für die zu-
künftigen Wörlitzer Verhältnisse. Auch der Zuschüsse
aus den übrigen Zahlstellen wurde in dankbarer
Weise gedacht.

Zum Schluss wurde noch auf das Stiftningsfest
am 14. September in „Stadt Prag“ hingewiesen und
zu zahlreichem Besuch aufgefordert, damit wir auch
da wieder einen Ueberflus haben können.

Aus anderen Organisationen.

Der Verband der Schneider hielt in der Zeit vom
11. bis 17. August in Köln seinen 12. Verbandstag
ab. Während der zweijährigen Berichtsperiode stieg
die Mitgliederzahl um 6000 männliche und 3617
weibliche auf 50 300. Trotz der Ansgaben für Lohn-
bewegung: 767 736 Mk., erreichte das Kassenermögen
eine Höhe von 526 848 Mk. Insgesamt wurden 398
Lohnbewegungen in 418 Orten für 8077 Betriebe

mit 107 087 Beschäftigten geführt. Nach einem Re-
ferate des Redakteurs Sabath wurde bezüglich
des Hausarbeiterschutzes folgende Resolution
einstimmig angenommen, die wir wegen ihrer Be-
deutung für einen großen Teil unserer Mitglieder
im Wortlaut zum Abdruck bringen.

„Der vom 12. bis 17. August in Köln a. Rh.
tagende 12. Verbandstag des Verbandes der Schnei-
der, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands
sicht in der Frage des Heimarbeiterschutzes nach wie
vor auf dem Boden der auf dem Heimarbeiterschut-
kongress im Jahre 1904 in Berlin angenommenen
Entschießung.

Der Verbandstag erklärt deshalb, daß das Haus-
arbeiterschutzgesetz vom 20. Dezember 1911 in keiner Weise
auch nur den minimalen Forderungen eines wirk-
samen Heimarbeiterschutzes entspricht.

Abgesehen davon, daß die Lohnämter als Grund-
lage eines durchgreifenden Heimarbeiterschutzes
fehlen, ist das Gesetz nur ein Rahmengesetz, welches
wenig zwingende Bestimmungen enthält, sondern
mehr nur leitende Grundsätze aufstellt, deren Aus-
führung dem Ermessen der zuständigen Behörden
überlassen ist.

Zwingend sind lediglich die Bestimmungen über
die offene Auslage von Lohnverzeichnissen und Lohn-
zetteln (§ 3), die Führung von Lohnbüchern oder
Lohnzetteln (§ 4), die Negativprüfung (§ 13) und die
Unterscheidung der Heimarbeiter unter die Gewerbe-
inspektion (§ 17).

Alle anderen Bestimmungen, so u. a. die, daß
die Behörden durch Verfügung anordnen können,
was zur Vermeidung einer nicht gerechtfertigten
Zeiterwässerung der Heimarbeiter bei der Empfang-
nahme oder Ablieferung der Arbeit erforderlich ist
(§ 5), die Vorschriften zum Schutz gegen Gefahren
für Leben und Gesundheit der Hausarbeiter, sowie
der Schutz der Kinder und Jugendlichen (§ 6), die
Vorschriften für Schutzmaßnahmen gegen Gefahren
für die öffentliche Gesundheit (§ 7), das Verbot der
gesundheitsgefährlichen, der lebensgefährlichen oder
die Sittlichkeit der Hausarbeiter oder der Öffent-
lichkeit gefährdenden Arbeiten durch den Bundes-
rat (§ 10), die Anzeigepflicht, in welchen Nämern
Heimarbeit verrichtet werden soll (§ 12) und die Be-
stimmungen über die Fachanschlüsse (§ 18 usw.) sind
nur fakultativ.

Als arge Verschlechterung kommt noch hinzu,
daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der besien
Bestimmungen des Gesetzes, die §§ 3 und 4, erst
durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des
Bundesrats festgesetzt und dadurch auf unbestimmte
Zeit hinausgeschoben wird.

Das Gesetz ist demnach nur als Vorarbeit für
ein Heimarbeiterschutzgesetz zu betrachten, das in
seiner gegenwärtigen Fassung mehr eine Belastung,
denn einen Schutz der Heimarbeiter enthält.

Trotz alledem wird es Aufgabe der organisierten
Arbeiterchaft sein, das neue, was das Gesetz den
Heimarbeitern bringt, für sie nutzbar zu machen und
alles zu tun, um die Gesetzgebung zu weiteren
Schritten auf der Bahn zu einem wirklichen Heim-
arbeiterschutz vorwärts zu drängen.

Der Verbandstag verpflichtet deshalb die Kol-
legen und Kolleginnen, unablässig in der Propaganda
für Ausnutzung der geschaffenen, Schutzbestimmun-
gen und für Weiterentwicklung des Gesetzes tätig
zu sein.

Gleichzeitig ruft der Verbandstag die Kollegen-
schaft auf, mit verdoppeltem Eifer für die Organi-
sierung der Heimarbeiter und -arbeiterinnen zu wir-
ken, weil im Zusammenschluß der Arbeiterchaft die
beste Schutzwehr gegen ihre Ausbeutung in jeglicher
Form gegeben ist.

Bei der Behandlung des Punktes „Gewerkschaf-
ten und Genossenschaften“ empfiehlt Verbandsvor-
sitzender Stühmer allen Mitgliedern den Beitritt
zu den Konsumgenossenschaften, um ihre wirtschaf-
tliche Macht zu stärken und sich vor Ausbeutung durch
den Zwischenhandel zu schützen. Der gewerkschaftlich-
genossenschaftlichen Volkserziehung bringt der
Verbandstag die größte Sympathie entgegen und
fordert die Mitglieder auf, sich derselben nach Mög-
lichkeit zu bedienen. Eine ausgedehnte Debatte
entpinn sich über die Stellungnahme zu einem
Reichstafizvertrag. Die von uns in Nr. 30
vom 26. Juli veröffentlichten Vorschläge der Un-
parteiischen wurden angenommen. Die Anträge be-
züglich Einführung von Staffelleistungen wurden be-
kämpft und mit der Begründung abgelehnt, sie seien
so lange unbrauchbar, so lange die Entlohnung
nach Akkord berechnet wird. Die Einführung der
Arbeitslosenunterstützung soll auf dem nächsten Ver-
bandstag behandelt werden. Einer Sterbeunter-
stützung wird ohne Beitragsverhöhung zugestimmt.
Für Bedehnte wurde eine Beitragsklasse von 10 Pf.
pro Woche eingeführt. Gegen Entscheidungen des
Aussschusses kann der Vorstand keine Berufung beim
Verbandstage einlegen. Zum Zwecke der Vorberei-
tungen für große Lohnbewegungen und über erfor-
derliche Maßnahmen bei großen Streiks oder Aus-

sperrungen wurde ein Beirat gewählt, welcher aus
den Mitgliedern des Vorstandes, den Redakteuren, den
Gauleitern, einem Vertreter des Ausschusses und je
einem Vertreter der Ämtern Berlin, Hamburg,
München, Dresden, Stuttgart und Stettin besteht.

Dem Verbandsorgan soll eine sach und mode-
technische Zeilage beigegeben oder es soll eine beson-
dere periodisch erscheinende Fachzeitung herausge-
ben werden. D diesem Beschluß gemäß wurde ein
zweiter Redakteur angestellt.

Genossenschaftliches.

Die Bedeutung der Konsumvereine und ihre Be-
steuerung. Der Auf der Kleinhandeln nach härterer
Besteuerung der Konsumvereine erklingt nun schon
seit Jahr und Tag. Den Kleinhandlern, die sich
selbst als Mittelpunkt des Staates fühlen, ist alles
das, was ihre Kasse zu lösen geeignet ist, staats-
gefährlich und staatsgefährdend. Die härtere Beste-
uerung der Konsumvereine soll dem Wachsen dieser
staatsgefährlichen Organisationen einen Kiegel vor-
schieben, wobei die Kleinhandler sich den Scherz er-
lauben, die Dinge so darzustellen, als ob die Konsum-
vereine sich bei der Besteuerung großer Bevorzugung
durch die Behörden erfreuten. Deshalb der Auf: Die
Konsumvereine sollen „ebenso“ behandelt werden wie
die privaten Gewerbebetriebe. Wenn dann die
Frage der härteren Besteuerung der Konsumvereine
erörtert wird, kann es nicht ausbleiben, daß die volks-
wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften ab-
soluter unterjocht wird, als es die Kleinhandler für
notwendig erachten. Die Hamburger Konsumver-
einsbesteuerung hat nun Walter Krüger Veran-
lassung gegeben, der volkswirtschaftlichen Bedeutung
der Konsumvereine eine Würdigung in den „Annalen
des Deutschen Reiches“ zuteil werden zu lassen. Unter
dem Titel „Konsumvereinsbewegung und Volkswirt-
schaft“ schreibt der Verfasser:

„Die Konsumvereine wollen durch Verbindung
der kleinsten Kräfte ein gemeinsames Handeln durch
die Organe des Vereins herbeiführen, durch Ueber-
nahme geschäftlicher Grundstücke die Warenabgabe.
Das System der Konsumvereine schaltet den ent-
behrlichen, verteuerten Zwischenhandel für den
Kreis ihrer Mitglieder unmittelbar aus, mittelbar
hilft es, die wirtschaftliche Güterverteilung für
weitere Bevölkerungskreise praktisch zu regeln. Ihr
Leben ist begründet in ihrer verhältnismäßig ein-
fachen Organisation: Aufbringung des Betriebs-
kapitals durch kleine und kleinste Einzahlungen, durch
Anlagen, durch Aufnahme fremder Gelder, Festung
der Einzelmitglieder, wenn als Wirtschaftform die
Genossenschaft gewählt ist, im übrigen freier Zu- und
Abgang der Mitglieder, selbstständig unter Vor-
weisung entsprechender Mandatsurkunden; endlich
die Verzinsung.“

Der Verfasser ist kein unbedingter Bewunderer
der Konsumvereine, wohl aber erkennt er zwei Dinge
an, die der Konsumvereinsbewegung ungeheure Be-
deutung geben: der Konsumverein schaltet den ent-
behrlichen Zwischenhandel aus, arbeitet also ratio-
neller, und die Bewegung ist von einer erstaunlichen
Lebenskraft. Er fragt dann weiter, woraus diese
Lebenskraft entspringt und sieht deren Träger im
Verkauf gegen bar, in der Flüssigerhaltung der
Betriebsmittel, in der Gewöhnung der Mitglieder,
ihre Ausgaben mit ihren Einnahmen sowie ihre Be-
dürfnisse gegeneinander richtig abzumessen. Die
Mitgliedschaft ermöglicht die Aufgabe der Abhängig-
keit von dem Zwischenhändler, der durch bereitwillig
gewährten Kredit den Kunden an sich zu fesseln sucht.
Der verschuldete Kunde aber muß notwendigerweise
mit dem Steigen seiner Verschuldung anpruchlos
werden und gerät dadurch in die Abhängigkeit von
dem Händler, die an Lebensvorsorge grenzen kann.“

Krüger sieht die sittliche Bedeutung der Konsum-
vereine in der Erweckung des Sinnes und der Fähig-
keit der Sparnis in dem einzelnen Mitglied, in der
Schulung, in der Verwaltung wirtschaftlicher Unter-
nehmungen, die das Prinzip der Selbstverwaltung
stützt. Wie man sieht, erkennt hier jemand die von
der Konsumvereinsbewegung geschaffenen Vorteile
im Verlauf einer sachlichen wissenschaftlichen Unter-
suchung rückhaltlos an, der keine Reizung verspürt,
etwa Propaganda für die Konsumvereine zu treiben.

In interessanter Weise setzt sich Krüger dann
mit den Mittelstandsargumenten auseinander, mit
denen bewiesen werden soll, daß die Konsumvereine
den Kleinhandel schwer schädigen. Er schließt sich
der Auffassung an, die niemand bestreitet, daß Dän-
derinteressen durch Konsumvereine sehr wohl geschä-
digt werden können:

„Aber viel mehr, als diese durch die Konsum-
vereine hervorgerufene Schädigung fällt die horrende
Schädigung ins Gewicht, die die fortgesetzte und in
das Ungemessene gehende Konkurrenz der Händler
unter sich, die die bodenlos leuchtigste Eröffnung
immer neuer Geschäfte mit sich bringt, Geschäfte, die
den Todestimm schon bei der Eröffnung in sich tragen.
Fehlt es manchem Händler schon an der nötigen
Warenkenntnis, so fehlt es noch viel mehr an dem
entsprechenden Betriebskapital. Die zahllosen, durch

sein Bedürfnis gerechtfertigten Geschäftsgründungen schmälern theoretisch dem einzelnen Händler Nutzen und damit Einkommen; diese Konkurrenz kann eben nicht durch Verbilligung der Preise oder durch Verbesserung der Qualität der Waren wirken, sondern nur durch Verminderung des Umsatzes.

Zum Schluß führt er dem gewerblichen Mittelstande, der sich als Mittelstand selbständig empfindet, die Wahrheit zu Gemüte, daß unsere Kleinbändler ebenfalls nur einen kleinen Teil des gewerblichen Mittelstandes repräsentieren. Die Entwicklung der modernen Industrie schuf eine umfangreiche Mittelstandsschicht, den neuen Mittelstand. Dieser neue Mittelstand bedarf genau so sehr der Festigung seiner wirtschaftlichen Lage durch Organisation des Konsums, wie etwa die breiten Schichten der Lohnarbeiterheit. Krüger meint:

„Gegen den Geist der Zeit aber sündigt der, der Konsumvereine bekämpft, die gerade in weitem Umfang eine bessere Lebenshaltung durch Ersparnisse an hauswirtschaftlichen Ausgaben ermöglichen.“

Die Wahrung der richtig verstandenen Mittelstandsinteressen würde also nicht darauf hinauskommen, diesen Mittelstandsschichten die genossenschaftliche Beschaffung ihrer Lebensmittel zu erschweren, sondern nach Möglichkeit zu erleichtern. Sollten so alle die wirtschaftspolitischen Argumente gegen die Konsumvereine zusammen, so ergeben die rein sozialpolitischen ebenfalls keinen Grund, hier besondere Maßnahmen gegen die Konsumvereine zu ergreifen.

Rundschau.

Die teuren Fleischpreise sind geeignet, daß Arbeiter, Handwerker und Unterbeamte völlig auf das wichtigste Nahrungsmittel, Rind-, Kalb- und Schweinefleisch, Verzicht leisten. Auch die Eierpreise, für die Seezische in hervorragender Weise in Betracht kommen, sollen durch Einführung neuer Zelle dem Volke veräuert werden. Angehts dieser für einen Kulturstaat unwürdigen Zustände erklärt der Vorstand der sozialdemokratischen Partei einen Aufruf, von dem wir wünschen, daß alle Kollegen und Kolleginnen durch Massendemonstrationsversammlungen und Organisation auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet den notwendigen Nachdruck verleihen. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Die Preise für die meisten Lebensmittel sind abermals enorm gestiegen, besonders die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, die den Arbeitern den Fleischgenuß geradezu unmöglich macht. Millionen Männer, Frauen und Kinder sind zur Unterernährung gezwungen, die Volksgesundheit ist auf das schwerste gefährdet.

Durch Minderungen und Viehschlachten können die Preise für Lebensmittel eine natürliche Steigerung erfahren, in Deutschland aber muß immer wieder Protest erhoben werden gegen die brutale Agrarpolitik, die im Interesse des Großgrundbesitzes Gesetz geschaffen hat, durch die die Lebensmittelpreise künstlich in die Höhe getrieben worden sind und dauernd hochgehalten werden sollen. Gegen diese agrarische Politik, die zeitweilig wahre Hungersnotpreise im Gefolge hat, gilt es angesichts des kurzzeit herrschenden Notstandes im ganzen Reiche Protest zu erheben und Abhilfe zu fordern.

Wir empfehlen deshalb den Parteiorganisationen die Verbreitung von auflärenden Flugschriften und die Einberufung von Volksversammlungen. In diesen Versammlungen muß die zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Öffnung der Grenzen unter Verbeibehaltung wirklich unerläßlicher Schutzbestimmungen zur Verhütung von Seucheneinfuhrungen für die Einfuhr von Schlachtvieh verlangt und die Beseitigung der Bestimmungen des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, durch die die Einfuhr frischen und zubereiteten Fleisches geradezu unmöglich gemacht wird, gefordert werden. Weiter muß die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt werden.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Genossen überall beitrebt sein werden, die Versammlungen zu wichtigen Demonstrationen gegen die agrarische Raubpolitik zu gestalten.

Daß eine Maschine ausreichend geschmiert werden muß, wenn sie ordentlich funktionieren soll, weiß auch der dümmste Unternehmer; daß aber der Arbeiter gut genährt sein muß, um leistungsfähig zu bleiben, das fällt oft dem Klügsten nicht ein.

Sterbetafel.

Berlin. Am 15. August verstarb unser Mitglied **OTTO KNORR**, Wagenbrände, 28 Jahre alt. Am 20. August verstarb ferner unser Mitglied **JOSEF WALITTA**, Militärbrände, 76 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns eintreffen.)

Berlin, **Vereinsversammlungen**. Gewerbebrände: Donnerstag, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15. — Portefeulles- und Reiseartikelbrände: Mittwoch, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, bei „Braumanns“, Nauumstr. 27. Militärbrände: Mittwoch, den 4. September, abends 6 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 7c. — Violonceller und Teppichmacher: Mittwoch, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, bei „Weihnacht“, Grünstr. 21. — Wagenbrände: Mittwoch, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15. — Eisenmübel- und Lederartikelpolierer: Donnerstag, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstr. 44.

Bonn. Samstag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, „Deutscher Hof“, Adl. Straße 32.

Bremenhaven. Sonnabend, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, „Bayerischer Hof“.

Breslau. Sonnabend, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, „Grünes Vergel“.

Cheumnitz. Freitag, den 6. September, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Meisen“, Kochlicher Straße 5.

Cöthen. Sonnabend, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, „Ludwigshalle“, Ludwigstr. 38.

Essfurt. Dienstag, den 8. September, abends 8 1/2 Uhr, „Tivoli“, Magdeburger Straße.

Hessen-Nabr. Samstag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, Restaurant Schmiring.

Höfingen. Freitag, den 6. September, abends 6 1/2 Uhr, „Lammkeller“.

Hessentärchen. Samstag, den 7. September, abends 9 Uhr, „Volkshaus“.

Oera H. Sonnabend, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, „Mickels Vokal“.

Hagen, Westf. Samstag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Markauer“.

Galle a. d. S. Sonnabend, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, „Volksparl“.

Heilbronn. Samstag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, „Sawäbische Bierhalle“.

Köln. Samstag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“.

Königsberg. Dienstag, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr, „Kesselflug“, Krödenstr. 4.

Mülheim-Nabr. Mittwoch, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, „Vollenberg“, Didsdwall 6.

Münster. Samstag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, „Kampgarten“, Jägerstr.

Potsdam. Donnerstag, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Remscheid. Samstag, den 7. September, abends 9 Uhr, „Volkshaus“.

Wismar. Sonnabend, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, „Arbeiterheim“.

Reiz. Sonnabend, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Mämpfe, Schützenstraße.

Achtung! Achtung!
Sattler und Portefeuller im Eisenbacher Industriegebiet!

Im Anschluß an die am 8. September d. J. stattfindende Bezirkskonferenz sind in den größeren Verwaltungsstellen des Industriegebietes Versammlungen geplant, in denen die zur Konferenz erschienenen Vertreter des Hauptverbandes, die Kollegen Weinschild und Nidel, referieren. Die Gesamtteilnahme wird dringend ersucht, sich an diesen Veranstaltungen rege zu beteiligen. Versammlungen finden statt: Montag, den 9. September, abends 8 Uhr, **Offenbach a. M.**, mit Birgel und Pieber (Ref. A. Nidel — G. Weinschild). Montag, den 9. September, abends 9 Uhr, für die Verwaltungsstelle **Entheim in Rodenheim** (Ref. A. Nidel). Montag, den 9. September, abends 9 Uhr, **Mühlheim, Kumpenheim und Lämmerspiel** in **Mühlheim a. M.** (Ref. G. Weinschild). Dienstag, den 10. September, abends 9 Uhr, **Obertshausen und Hausen in Obertshausen** (Ref. A. Nidel). Dienstag, den 10. September, abends 9 Uhr, **Neuenburg** (Ref. G. Weinschild). Donnerstag, den 12. September, abends 9 Uhr, **Kranfurt** (Ref. A. Nidel). Donnerstag, den 12. September, abends 9 Uhr, **Heusenstamm** (Ref. Weinschild).

Die Verwaltung.
J. A. S. Höj.

Anzeigen

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsangehörigen Deutschlands, E. G. 64 in Berlin.

Hessen-Nabr. Sonntag, den 8. September, vormittags 11 Uhr. Monatsversammlung im Restaurant Schmiring.

Eine Leder- und Lederwarenfabrik in Offenbach

einige Sattler

welche perfekt im Zurichten von Gamaschen, Gewehrsfuttern, Taschen, usw. sind. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter **F. R. N. 310 an Rudolf Woffe, Frankfurt a. M.**

Tüchtige Täschner
für Reiseartikel, zum sofortigen Antritt gesucht.
M. Großmann, Täschnerwarenfabrik, Triegau i. Schles.

Geübte Lederknopfstecherin
sucht sofort **E. S. Köhler, Thierstr. 22.**

Tüchtig, gut geübter Maschinennäher
auf Militärarbeit eventuell für dauernd gesucht. Offerten an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Lederwaren!
Lederabfälle, Drucknäpfe, Mattum-Mester, Verschleißige gegen sofortige Kasse laut
J. Knopf, Berlin N. 38, Danziger Straße 24.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

Sie ist in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Kontinentalen, Bombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich:
100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 2,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.,
100 Stück hochwertige 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück hochwertige 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.,
Wir versuchen Sie zu dauerndem Ankauf. — 100 feine feine — Hochwertigste rechte kontinentaler Zucht — Versand nicht unter 100 Stück. — **H. Woffe, Berlin, Köpenick, G. R. 10, Neue Schützenstr. 16. Sein haben nur 1 Erbe. — Geschäft 120.**